



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



Wir sagen DANKE für die großartige Willkommenskultur in unseren Gemeinden, Städten und Landkreisen. Anfängen von den privaten Spendern, die Kuscheltiere, Windeln und Bekleidung schenken und selbst beim Sortieren helfen, über die Begleitung und Patenschaften von minderjährigen Flüchtlingen, bis hin zu den professionellen Helferinnen und Helfern unserer Rettungsorganisationen, es ist grandios! Wir sind sehr dankbar für diese Zivilgesellschaft und die große Hilfsbereitschaft.

**Deutschland
W heißt
illkommen.**

HAUSHALTSDEBATTE IM ZEICHEN DER FLÜCHTLINGSKRISE

Die Flüchtlingsdramatik bestimmte auch die Haushaltswoche im Bundestag. Bei der Generaldebatte zum Haushalt 2016 fand diesmal kaum ein Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition über die finanziellen Prioritäten des Bundeshaushaltes statt. Vielmehr konzentrierte sich alles auf die Flüchtlingshilfe und die enorme Hilfsbereitschaft der Menschen.

Die SPD ging gut vorbereitet in die Sitzungswoche, da sie ihre Klausursitzung in Mainz genutzt hatte, um Forderungen zu formulieren, wie man jetzt schnell und unbürokratisch helfen und Integration unterstützen könne.

Abgesehen von der humanitären Verpflichtung die wir haben, werden wir von dem, was wir jetzt für Teilhabe und Integration investieren, in einigen Jahren profitieren. Aber nur, wenn wir es gut machen! Wenn wir die vielen Menschen, die in höchster Not zu uns flüchten, nicht gut integrieren, wird uns das volkswirtschaftlich teuer zu stehen kommen. Wir wollen und müssen den Flüchtlingen Perspektiven bieten.

Am Wochenende konnten sich Sigmar Gabriel und Thomas Oppermann beim Koalitionsausschuss gut mit den SPD-Forderungen durchsetzen:

- Im Bundeshaushalt 2016 werden die Ausgaben für Flüchtlingshilfe um 3 Mrd. Euro erhöht.
- Zusätzlich sollen Länder und Kommunen mit 3 Mrd. Euro unterstützt werden.
- Die Länder sollen beim Ausbau von etwa 150.000 winterfesten Plätzen in menschenwürdigen Erstaufnahmeeinrichtungen unterstützt werden. Der Aufenthalt dort soll höchstens sechs Monate dauern.
- Bei der Bundespolizei werden 3.000 zusätzliche Stellen für die kommenden drei Jahre geschaffen.
- Der Bundesfreiwilligendienst soll um bis zu 10.000 neue Stellen aufgestockt werden.
- Das Leiharbeitsverbot für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Geduldete entfällt nach drei Monaten. In den Jobcentern soll das Personal aufgestockt werden.
- Für Staatsangehörige aus Westbalkan-Staaten soll es künftig mehr Möglichkeiten zur legalen Einwanderung nach Deutschland geben.
- Im Auswärtigen Amt soll es zukünftig jährlich 400 Mio. Euro mehr für Krisenbewältigung und -prävention geben.
- Der soziale Wohnungsbau soll generell verstärkt werden. Der Bund stellt den Kommunen nicht nur Liegenschaften zur Verfügung, sondern will mit steuerlichen Anreizen auch den Neubau preiswerter Wohnungen fördern. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) will den Kommunen zudem zweckgebundene Kredite in Höhe von 300 Mio. Euro für Flüchtlingsunterkünfte zur Verfügung stellen.
- Kosovo, Albanien und Montenegro werden durch Gesetzesänderung zu sicheren Herkunftsstaaten bestimmt. Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern sollen gar nicht mehr auf die Kommunen verteilt werden.
- In den Erstaufnahmeeinrichtungen sollen Asylbewerber nach Möglichkeit statt Bargeld Sachleistungen erhalten.
- Die Höchstdauer zur Aussetzung von Abschiebungen wird von sechs auf drei Monate reduziert.

Bis auf die beiden letzten Spiegelstriche -dies waren Forderungen von CDU/CSU-, konnten wir uns komplett mit unseren SPD-Forderungen durchsetzen.

Nun wird dieser Grundlagenbeschluss bei einem Flüchtlingsgipfel am 24. September 2015 mit den Bundesländern verhandelt. Den Gipfelbeschluss müssen wir abwarten, um dann endgültig die Prioritäten für den Haushalt 2016 festzulegen. Sehr wahrscheinlich wird es auch noch einen Nachtragshaushalt für 2015 geben, damit die Mittel schnell in die Länder und Kommunen fließen können.

Wir finden, dass der Bund ein faires Angebot unterbreitet hat. Nun sind die Länder am Zug, die sich ihrer Verantwortung auch nicht entziehen dürfen. Ständig nur nach mehr Unterstützung vom Bund zu rufen, wie dies Ministerpräsident Bouffier in Hessen macht, ist eindeutig zu wenig. Während der Bund sich schon lange engagiert und beispielsweise die Nothilfen für Kommunen in 2015 bereits auf eine Milliarde Euro verdoppelt hatte, hat Hessen gerade erst vergangenen Dienstag die erste Tranche an die Landkreise und Städte überwiesen. Das ist einfach nur peinlich. Außerdem sind wir auch sehr gespannt auf konkrete Vorschläge von Ministerpräsident Volker Bouffier und seinem Sozial- und Integrationsminister Stefan Grüttner, wie und wo sie endlich winterfeste menschenwürdige Erstaufnahmeeinrichtungen schaffen wollen und wie die Integration von der frühkindlichen Bildung angefangen bis hin zu Aus- und Weiterbildung gelingen soll. Dies ist eindeutig Länderangelegenheit. Wir hessischen SPD-Bundestagsabgeordneten werden uns auch zukünftig für eine Unterstützung der Kommunen mit Bundesmitteln einsetzen, erwarten dies aber auch von der hessischen Landesregierung. Dank niedriger Zinsen und guter Wirtschaftslage haben sowohl Berlin als auch Wiesbaden dafür Spielräume.

Die faire und solidarische Verteilung Schutzsuchender auch auf andere EU-Mitgliedsstaaten ist das Gebot der Stunde. Die EU muss auch bei der Bekämpfung der Fluchtursachen verstärkt zusammenarbeiten, sonst wird der Strom der Flüchtlinge nicht abreißen. Dazu kann auch die Schaffung von menschenwürdigen Aufnahme- und Registrierungseinrichtungen, sogenannten Hotspots, in den EU-Mitgliedsstaaten dienen, an deren Außengrenzen der Andrang besonders groß ist, beispielsweise Italien und Griechenland.

Vor uns liegt eine große Aufgabe, bei der Scheitern keine Option ist. Die Menschen, die jetzt in unser Land kommen, werden nächstes Jahr nicht wieder gehen. Unsere volle Konzentration muss daher auf Kitas, Schulen, dem Spracherwerb, der Ausbildung von Fachkräften und der Beschäftigung liegen. Unser Fraktionsvorsitzender Thomas Oppermann formulierte es am Mittwoch so: „Jeder Euro, den wir heute in Ausbildung und Qualifizierung stecken, wird sich in Zukunft um ein vielfaches auszahlen.“

Bei all den gewaltigen Herausforderungen schafft es Deutschland übrigens trotzdem, den dritten Haushaltsentwurf vorzulegen, in dem keine neuen Schulden vorgesehen sind. Deutschland ist wirtschaftlich stark, wir können es uns leisten, die Krise auch als Chance wahrzunehmen.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia